

TXL wird geschlossen 2
Am Kutschi kann man aufatmen

Zu wenig Lehrer 3
Gespräch mit BEA-Schulen

Ohne Arbeitsplätze ist alles nichts

Vor dem Jobcenter gefragt: Wie steht es mit dem Fördern?

Seit 15 Monaten wird seitens der umstrukturierten Bundesanstalt für Arbeit an Millionen von Erwerbslosen nun das Hartzprinzip „Fordern und Fördern“ geübt. Das „Fordern“ klappt wohl vorzüglich, das „Fördern“ bleibt weitgehend unterbelichtet. Dass fast alle neu entwickelten und vielgepriesenen Instrumente der Arbeitsvermittlung bisher so gut wie keine Wirkung zeigen, wurde kürzlich durch namhafte Wirtschaftsinstitute belegt. Neue, zusätzliche Arbeitsplätze, die so bezahlt werden, dass man vom Lohn auch leben kann? Fehlanzeige. „Herr Hartz, setzen, sechs!“

Wie die Dinge aneinander vorbei laufen, zeigt auch die Tatsache, dass laut Sozialstadtrat Balzer (CDU), allein in Reinickendorf für 2 000 Ein-Euro-Jobs Geld vorhanden sei, jede mit 500 Euro Förderung versehen - aber eben viel weniger Stellen.

Die Stimmung vor dem Job-Center in der Miraustraße ist entsprechend. Das eigentliche Problem wird immer wieder benannt: „Wie Arbeit finden, wenn es keine gibt?“

So berichtet Christine Schulz (41): **„Das Prinzip Fordern und Fördern ist eine Farce. Viele Entscheidungen der Sachbearbeiter sind willkürlich. Ich warte jedes Mal zwei bis drei Stunden, um dann immer wieder anderen Ansprechpartnern alte Fragen aufs Neue zu beantworten. Jobangebote in Krankheitsphasen ist dann der Gipfel der Frechheit.“**

Auch Andere offenbaren uns ihr persönliches Leid: Eine Aufstockung des Personals wird gefordert, die Vermittlungskompetenzen werden stark angezweifelt. Die Verwaltungs-

sprache der Mitarbeiter schafft Verständigungsprobleme. Man „fühle sich wie ein Stück Dreck“. **„Die Ein-Euro-Jobs sind nichts weiter als Ausbeutung. Nach dem Ende der Eingliederung verbessert sich die Situation des Langzeitarbeitslosen nicht.“** Der Einsatz von „Sozialexperten“ würde allerdings manches Problem lösen, denn: **„Ich wünsche mir von den Job-Centern mehr Freundlichkeit, Humanität und Fachkunde sowie einen fixen Sachbearbeiter“.**

Es wird grundsätzliche Kritik geübt: Es gäbe derzeit nur das „Fordern“, Hartz IV und die Job-Center müssten weg, die Arbeit der Sozialämter wäre sogar qualitativ besser gewesen. **„Ich finde es unerträglich, dass die Überlastung der Job-Center einerseits und die Belastung des Leistungsempfängers andererseits die deutsche Sozialpolitik ausmachen.“**

Soweit die O-Töne.

Nennen wir's beim Namen: Die neoliberale Antwort der herrschenden Politik auf zunehmende Erwerbslosigkeit ist gescheitert. Die Privatisierung von Lebensrisiken, Kürzung der Erwerbslosenunterstützung, der Renten und Krankenkosten treiben immer mehr Menschen in die Armut. Das staatlich organisierte soziale System in Deutschland wird zugunsten privater Anbieter aufgelöst.

Andere Lösungen braucht das Land. Unter anderen der Vorschlag der Linkspartei.PDS, mit Mitteln der Finanzierung von Erwerbslosigkeit reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im Non-Profit-Bereich zu schaffen. **Horst Jusch**



In Reinickendorf waren im Dezember 2005 insgesamt 18 700 Menschen erwerbslos gemeldet, davon 14 300 als Empfänger von Arbeitslosengeld II. Bezieht man die Angehörigen mit ein, gab es 26 200 Hilfsbedürftige nach dem Hartz IV-Gesetz im Bezirk.

5 500 Leistungsempfänger waren unter 25 Jahre alt.

Weg zur Schließung des Flughafens Tegel endlich frei

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat am 16. März 2006 mit seinem Beschluss den Weg zum Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Airport Berlin-Brandenburg International (BBI) geebnet.

Der Bezirksvorstand der Linkspartei.PDS Reinickendorf begrüßt diese Entscheidung. Damit wird endlich auch der Weg zur Schließung des Flughafens Tegel freigemacht. Gleichzeitig wird einer jahrelangen Forderung der Linkspartei.PDS Rechnung getragen, die regelmäßig auf das von innerstädtischen Flughäfen ausgehende Gefahren- und Lärmpotential hingewiesen hat. Wir erneuern unsere Forderung nach strikter Einhaltung des Nachtflugverbots und erwarten gleichzeitig, dass die Flughafenbetreiber den Sorgen und Befürchtungen der Anwohner des

Flughafen BBI Rechnung tragen.

Für zehntausende Reinickendorfer Bürgerinnen und Bürger wird sich hoffentlich spätestens ab 2012 die Wohnqualität deutlich verbessern. Damit verbunden bieten sich für den Bezirk ab sofort noch bessere Möglichkeiten, einen Schwerpunkt auf Förderung von Tourismus, Naherholung, Natur- und Umweltschutz zu legen. Das frei werdende Areal um den heutigen Flughafen lässt der Phantasie weiten Spielraum.

Die Linkspartei.PDS Reinickendorf regt an, heute schon einen offenen Ideenwettbewerb auszusprechen und damit einen Prozess einzuleiten, der die Reinickendorfer Bürgerinnen und Bürger von Anfang an und dauerhaft in die Planungen für die Zeit nach Einstellung des Flugbetriebes in Tegel einbezieht.

Berlinerinnen und Berliner geben wird. Mit CDU und FDP hätte man eine Entscheidung, wie wir sie jetzt haben, nie erreicht, weil (...) immer offengeblieben ist, ob man nicht lieber zwei, drei oder vier Flughäfen in Berlin haben will.“

Marlies Wanjura, Bezirksbürgermeisterin (CDU): „Allein in Reinickendorf existieren 9 500 Unternehmen, im Umland haben sich außerdem zahlreiche Wirtschaftsunternehmen angesiedelt. Diese benötigen einen Flughafen in ihrer direkten Nähe. Vielleicht verträgt so eine prosperierende Stadt wie Berlin in gut sechs Jahren...auch zwei Flughäfen.“

WiR dokumentiert Im Interesse der Menschen am Kutschki oder der Unternehmer in Frohnau?

Stefan Liebich, Linkspartei.PDS am 23. März 2006 im Berliner Abgeordnetenhaus: „Wir wollen die schnelle Schließung von Tegel und Tempelhof. Mit der nun getroffenen Entscheidung ist klar, dass es eine Lärm- und Umweltentlastung für circa 350 000 direkt betroffene

Nur eine „Falschinterpretation“?

Aus dem für ihn schockierenden Erlebnis der CDU-Veranstaltung im Märkischen Viertel am 10.1.2006 (vgl. WiR 06-02) hatte Yusuf Dogan, deutscher Staatsbürger türkischer Herkunft, für die 47. Sitzung der BVV Reinickendorf eine Einwohnerfrage gestellt (vgl. WiR 06-03). Bezirksamt und BVV verweigerten eine Antwort. Der BVV-Vorsteher reichte die Frage an den Organisator der Veranstaltung Michael Dietmann (MdA) weiter. Dessen Meinung nach - so erfuhr WiR - beruhe die Reaktion von Yusuf Dogan lediglich auf einer „Falschinterpretation“.

Dass Yusuf Dogan die in der CDU-Veranstaltung vorherrschende und geduldete Stimmung wohl kaum „fehlinterpretiert“ hat, zeigt

einen Leserbrief von Herrn Klaus Dieter Sch. an WiR. Der Briefeschreiber meint, wie „viele meiner Mitbürger auch, das es viel zu viel Ausländer im MV gibt und das die Gesobau diesen Zuzug von Ausländern drastisch stoppen sollte (...). Das gilt natürlich auch für die anderen angeführten Randgruppen!!!!“ (Zitat).

Mit gutem Grund begrüßt daher Yusuf Dogan in einem Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden und die Einzelverordnete in der BVV Reinickendorf dieser Tage, dass sich unser Bezirksparlament erneut gegen jegliche Ausgrenzung von Mitbürgern in Reinickendorf aussprechen will (Antrag der SPD-Fraktion vom 7.3.06, Drucksache-Nr. 1401/XVII).

Wenigstens das.

FW.

48. Sitzung, 8.3.2006

Das offizielle Protokoll weist unter TOP 8.4 zur Drucksache 1402/XVII „**Wahrheitsgehalt von Aussagen eines Bezirksamtsmitgliedes**“ mehrere Redebeiträge von Bezirksstadtrat Senftleben, Bezirksbürgermeisterin Wanjura und Herrn Schultze-Berndt (CDU), eine Sitzungsunterbrechung und nach Wiederaufnahme der Sitzung eine persönliche Erklärung von Bezirksstadtrat Senftleben und weitere Redebeiträge von Herrn Schultze-Berndt und Herrn Höhne aus. In Sondersitzungen hatten dazwischen das Bezirksamt, die Fraktionen und der Ältestenrat der BVV getagt. Als die Verordneten kurz vor 22 Uhr (Sitzungsschluss) wieder auf ihre Plätze zurückkehrten, versicherten sich CDU und SPD, man habe „nicht alles so gemeint“.

Was hatte die Gemüter so erregt? Der Fraktionsvorsitzende der CDU produzierte sich erneut als Aufklärer und unbeugsamer Behüter von Wahrheit. Frei von üblicher politischer Rücksichtnahme bezichtigte er die SPD und ihre Reinickendorfer Vertreter der Lüge und des Filzes: die SPD rede mit „gespaltener Zunge“, um so zu verschleiern, dass SPD und PDS im Senat längst die Privatisierung der GeSoBau beschlossen hätten. WiR-Leser wissen es: Die SPD hatte in der 47. BVV-Sitzung eine „gespaltene Haltung“ von Frau Wanjura zum Wohnungsverkauf im Märkischen Viertel vermutet und Finanzsenator Sarrazin als Informationsquelle erwähnt - was dieser, von der Bezirksbürgermeisterin angeschrieben, natürlich abstritt. So standen Aussage gegen Aussage. Letztlich blieb keine Zeit für SPD-Anträge gegen Teilverkäufe der GeSoBau im Märkischen Viertel.

Außer Spesen nichts gewesen? Gearbeitet wurde in der BVV schließlich auch noch. In **Mündlichen und Großen Anfragen** ging es u.a. um erfolgreiche Bürgersprechstunden am Samstag, um die Vorbereitungen auf mögliche Fälle von Vogelgrippe im Bezirk, um Ersatz für den Waldkindergarten in Heiligensee, um vom Senat avisierte 20 und angekommene 14 Lehrer zur Vermeidung von Ausfallstunden, um Schulverweigerer, um ein Bibliothekskonzept, um den Umwelttag und einen Umweltpreis für den Bezirk und den Umgang mit Beschwerden aus Kleingartanlagen im Bau-, Grundstücks- und Gebäudemanagement.

K.G.

Mehr Lehrer braucht das Land

Wieder einmal häufen sich die Medienberichte über einen inakzeptabel hohen Unterrichtsausfall an den Berliner Schulen. Als besonders betroffen gilt auch Reinickendorf.

Wir sprach darüber mit **Harald Muschner**, Vorsitzender des BEA-Schulen Reinickendorf, und **Julia Schuleri**, zuständig für die Pressekontakte beim Bezirksselternausschuss-Schulen (BEA)

Welche Informationen zum Unterrichtsausfall im Bezirk liegen dem BEA-Schulen derzeit vor?

Leider liegen auch dem BEA-Schule keine genauen Stundenzahlen über Unterrichtsausfälle vor. Die einzelnen Schulen führen nur interne Statistiken, die sie auch der Senatsaußenstelle in Reinickendorf vorlegen. Eine Große Ausnahme ist die Humboldt-Oberschule, die veröffentlichten die Zahlen klar und nachvollziehbar auf ihrer Homepage im Internet. Doch ist uns bewusst bzw. erklärt es sich von selbst, dass bei der Lehrerausstattung, die wir im Bezirk haben, kein 100-Prozent-Unterricht stattfinden kann, vor allem kein 100 Prozent fachgerechter Unterricht, den wir einfordern.

Reicht eine Versorgungsquote von 102 Prozent nicht aus?

Eine Versorgungsquote von 102 Prozent reicht niemals aus, abgesehen davon, dass dies die Zahlen vom Oktober 2005 waren, die im Dezember 2005 veröffentlicht wurden. Bei einer Lehrerausstattung von durchschnittlich 102 Prozent macht

bei jedem kleineren Kollegium, z.B. in einer Grundschule mit ungefähr 40 Kollegen, eine durch Krankheit ausfallende Stelle sofort einen Ausfall von mehr als zwei Prozent aus. Aber bevor reguläre Stunden ausfallen, kann an den meisten Schulen davon ausgegangen werden, dass bereits Förder- und Teilungsstunden gestrichen wurden. Ein besonders gravierender Vorgang, wo doch gerade die Förderung der leistungsschwachen Schüler in unserem Schulsystem eine hohe Priorität zu kommen müsste.

Wir messen und bewerten, was bei den Kindern ankommt. Wir fordern immer wieder 100 Prozent fachgerechten Unterricht. Gerade wo es eine Schulpflicht gibt, muss dies das unumstrittene Recht unserer Kinder sein.

Wie reagiert das Bezirksamt auf die Situation?

Leider sind dem Bezirksamt an dieser Stelle mehr oder weniger die Hände gebunden. Lehrer stellt nur die Senatsverwaltung ein. Eigentlich müssten die Schulen in eigener Ver-

antwortung direkt die finanzielle Ausstattung haben, um sich bei Bedarf selbst die passenden Lehrer einzukaufen. Ein hoher Stundenausfall ist immer ein besonderer Nachteil für Schüler mit Lernproblemen bzw. ohne entsprechenden wissenden und unterstützenden Hintergrund zu Hause.

Entschuldigt wird die Situation in der Regel mit der mangelnden finanziellen Ausstattung. Liegen eventuell Probleme auch auf anderen Ebenen?

Ein ganz großes Manko ist natürlich die finanzielle Ausstattung der Schulen bzw. der Schulbehörde. Mehr Lehrer, eine bessere Ausstattung bei den Lehr- und Lernmitteln, sowie die Ausstattung mit neuen Medien, die gerade erst beginnt, wären bei immer wieder fortgebildeten Lehrern schon ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Aber es gibt sicher jetzt schon Möglichkeiten, den Mangel besser bzw. für die Schüler effektiver zu verwalten. Das hieße aber, dass das Lehrerkollegium enger zusammenarbeitet und ein Bedürfnis nach optimaler Förderung der ihnen anvertrauten Kinder besteht. Dann würde zumindest in Zeiten, in denen kein Lehrermangel herrscht, jedes Kind individueller gefördert.

Mehr Infos zum BEA-Schulen Reinickendorf gibt es unter www.elterner-info.de



Das vollständige Interview lesen Sie bitte unter www.pds-reinickendorf.de/archiv

Zum Verhältnis von Linkspartei.PDS und WASG in Reinickendorf

„Der Bezirksvorstand der Linkspartei.PDS Reinickendorf bedauert die Entscheidung der WASG Berlin, eigenständig zur Wahl des Abgeordnetenhauses von Berlin am 17. September 2006 anzutreten.“

Ein gemeinsamer Wahlkampf auf bezirklicher Ebene ist somit nicht mehr möglich.

Die politische Zusammenarbeit mit der WASG Reinickendorf wird daher mit sofortiger Wirkung eingestellt... Unsere Tür zur Zusammenarbeit bleibt aber weiterhin offen, sollten sich die Voraussetzungen dafür ändern.

Berlin, 20. März 2006“

Bedauerliche Entwicklung

Gemeinsam haben die Linkspartei.PDS und die WASG Reinickendorf im vergangenen Jahr einen erfolgreichen Wahlkampf geführt. Nach der Wahl vereinbarten beide Parteien, die Zusammenarbeit fortzusetzen. Wir sahen darin unseren Beitrag zur Herausbildung einer neuen Partei der Linken.

In der Folgezeit mussten wir leider feststellen, dass unseren Reinickendorfer Partnern der Kurs auf ein eigenständiges Antreten zu den Berliner Wahlen immer wichtiger wurde. Unsere Sorge, dass dem Wähler in Reinickendorf ein konkurrierendes Antreten politisch nicht zu vermitteln wäre, fand kein Gehör. Offenbar konnten unsere Freunde nicht über ihren Schatten springen.

Der Beschluss über einen eige-

nen Wahlantritt der WASG im Land und auch in den Bezirken macht unsere Parteien aus Partnern zu Gegnern auch in Reinickendorf. Wir bedauern diesen Schritt und halten ihn für falsch. Er schwächt den Widerstand gegen die neoliberale Politik der bundesweiten CDU/SPD/FDP/B90-Koalition mit seinen Auswirkungen in Berlin.

Solidarisch-kritisch haben wir die Politik des rot-roten Senats begleitet. Der konkurrierende Antritt der WASG in Berlin zur kommenden Wahl könnte nun die Rückkehr der CDU ins Rote Rathaus bedeuten. Wir sind überzeugt: dies liegt nicht Interesse der großen Mehrheit der Menschen in dieser Stadt und unseres Bezirkes. Nun denn...unsere Tür ist und bleibt weiterhin offen.

Alle Materialien zum Verhältnis von Linkspartei.PDS und WASG Reinickendorf auf unserer Homepage www.pds-reinickendorf.de

**Klaus Gloede,
Jürgen
Schimrock**

„Ich heiÙe Paul Kuhfuss“

Einen „expressionistisch-roman- tischen Maler“ nennt Thomas Schü- ler ihn in einem Text, den die Einla- dung in die Rathaus-Galerie enthält. Über eine solche Zuordnung könn- te man streiten. Der Feststellung von „dem geradezu unerschöpflichen Werk“ aber, von der „Fremdheit“ des Malers „gegenüber dem unruhig ka- tastrophalen 20. Jahrhundert“, sei- ner „Bindung an Natur, Landschaft, Menschen“ wird man gerne zustim- men. Das Verzeichnis des Gesamt- werks nennt circa 2 700 Arbeiten.

W. Wutschetitsch. Das Publikum murkte nicht.

Die Nazis nannten Kuhfuss „ent- artet“. Ab 1935 hatte er Ausstel- lungsverbot. Das bedeutete Gefahr: Keine Kommunikation, kein Aus- tausch mit Kollegen, Vereinsamung, Abbruch von Entwicklung, Dishar- monie. Trotzdem ist in seinen Bil- dern keine Bitterkeit. Und sein sou- veräner Umgang mit Farben, die Hafensichten und Seestücke etwa, beeindruckt.

Die Ausstellung in der Rathaus- Galerie ist reich und vielgestaltig. Viele Bilder sprachen mich an. Das eine oder andere würde ich mir in die Wohnung hängen. Es ist das für mich immer ein wichtiges Kriterium: Könnte ich die tägliche Begegnung aushalten? Mit jenem sehr stillen alten Mann am Feldrand zum Bei- spiel habe ich mich angefreundet. Und es ist gut zu wissen, dass es diesen Maler gab und dass es diese Ausstellung gibt; dass man ihm be- gegnen kann.

1915 bis 1918 war Paul Kuhfuss Sanitätssoldat. Was wüÙten wir heute über ihn, wäre es ihm ge- gangen wie Franz Marc und man- chem anderen? Wie viel Menschli- ches zerstört ein Krieg, wie viel Kunstwerke, bevor sie entstehen konnten? **Werner Wüste**

Solidarität leben

Reinickendorfer Bürgerinnen und Bürger haben am 24. März 2006 eine Ortsgruppe der Volkssolidarität gebildet und sich über erste Aktivitäten verständigt. Sprecher der Gruppe ist der 58-jährige Peter Boes, den es vor 14 Jahren aus dem Rheinland in den Norden Berlins verschlagen hat.

Lieber etwas denken, was dann vielleicht doch nicht geht, als zu denken, es gehe nichts mehr - oder gar nicht mehr zu denken

Friedrich Schorlemmer

Am Rande

Deutscher Fragebogen

Der hessische Fragebogen für Leute, die die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen, ist auf einige Empörung gestoÙen; vor allem vermutlich bei sogenannten Intellek- tuellen, die selbst erst lange nach- lesen mussten, bevor sie alle Fragen beantworten konnten. Manche mö- gen sich auch daran stoÙen, dass ei- niges nach Gesinnungsschnüffelei riecht.

Alles Afferei. Es gibt keine Fragen nach terroristischen Absichten oder Mitgliedschaft in Gewerkschaften und linken Parteien. Nicht einmal die entscheidende Frage ist gestellt, ob der Einbürgerungswillige auch immer brav die CDU wählen werde. Immerhin muss wenigstens ausrei- chend Abscheu vor der verflossenen DDR nachgewiesen werden.

Die Kritiker verkennen einfach den Wert solcher Fragebögen. Die sind nämlich nicht bloÙ eine Hürde, sie dienen bekanntlich auch der schnelleren Wiederausweisung bei Nachweis falscher Aussagen. Und da ergibt sich, dass die Fragebogen- praxis durchaus noch ausgebaut werden müsste. Wieso darf zum Bei- spiel ein Hartzgeldempfänger weiter in Deutschland durchgefüttert wer- den, wenn er nicht weiß, was Caspar David Friedrich seinerzeit auf Rügen malte, oder wenn er gar so große Zweifel an parlamentarischen Sys- tem der BRD hat, dass er nicht einmal zur Wahl geht?

Der hessische Fragebogen sollte viel breiter angewendet werden.

Jochen Eser

Termine

Tegeler Dialoge zur Demokratie, Veranstaltung der „Hellen Panke“, zum Thema **„Bildung ohne Zukunft? Ohne Bildung keine Zukunft!“** mit Siglinde Schaub, MdA, bildungs- poitische Sprecherin der PDS-Frak- tion am 19.04.06, 19.00 Uhr, im Roten Laden, Eintritt: 1,50 Euro

Nah- und Fernsichten - Malerei und Grafik von Erika Hofmann Ausstellung im Roten Laden vom 10.03.06 bis 12.04.06

Paul Kuhfuss, Tanz in der Mondnacht, Bilder und Zeichnungen einer Reinickendorfer Sammlung, Rathaus-Galerie 2.3. - 14.4.2006



Sommer am Darßwald, 1942

Bezirksstadtrat Dr. Thomas Gaudzun begrüÙte die Gäste zur Ausstellungseröffnung am 2. März, Siegfried Kühl, ein Schüler des Malers, kramte in seinen Erinnerungen. „Ich heiÙe Paul Kuhfuss“, hatte der Dozent für Kunsterziehung an der Volkshochschule Berlin-Pankow 1946 seine Schüler begrüÙt. Der Name stand bereits an der Tafel, als sie die Klasse betraten. Auch an eine Diskussion mit Kuhfuss über das Modell für das sowjetische Ehrenmal in Treptow erinnert Kühl sich. Das sei von der Muchina gewesen, meinte er. War es aber nicht. Die Skulptur ist eine Arbeit von Jewgeni

Impressum

Herausgegeben vom Bezirks- vorstand der Linkspartei.PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in

Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden

sind ausdrücklich erwünscht: Die Linke.PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

SchloÙstraße 22
13507 Berlin-Tegel.
Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr
Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632
e-mail:
reinickendorf@linkspartei- berlin.de
internet:
www.pds-reinickendorf.de